

3135/J XXI.GP

Eingelangt am: 23.11.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Reheis

und GenossInnen

an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie

betreffend Maßnahmen zur Verringerung der Immissionen von Luftschadstoffen im Transitverkehr und die Frage eines Vetos bei Nichtverlängerung des Transitvertrages

Tirol ist im Bereich des Transit ein besonders sensibles Gebiet, was auch im Weißbuch der Europäischen Kommission "die Europäische Verkehrspolitik bis 2010 - Weichenstellungen für die Zukunft" festgestellt wird, wo es u.a. ganz klar heißt: "... dass die Lebensqualität der Bewohner Tirols bzw. Südtirols durch den kontinuierlichen und zunehmenden LKW-Verkehr gefährdet ist."

Bisher wurde aber keine Regelung gefunden, die eine taugliche Alternative zum bestehenden Ökopunkte-System darstellen könnte. Das heißt im Klartext, dass ab 2003 keine verkehrspolitische Strategie für die sensible Region des Alpenraums mehr existiert.

Als mögliche mittelfristige Lösung der Transitvertrags-Nachfolge wird die Anwendung der EU-Richtlinie 96/62/EG über die Beurteilung und die Kontrolle der Luftqualität und der Richtlinie 1999/30/EG über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffoxide, Partikel und Blei in der Luft und das daraus resultierende Immissionsschutzgesetz-Luft BGB I, Nr. 115/1997 idF Nr. 62/2001 im Land Tirol diskutiert.

Auch bauliche Maßnahmen, vor allem im Bereich der Schiene, wären dringend notwendig, um den Alpenraum zu entlasten.

Durch die bevorstehende EU-Osterweiterung ist mit einer Zunahme der Investitionen in die Infrastruktur der Grenzgebiete zu rechnen. Dabei darf die Problematik im Alpenraum aber unter keinen Umständen vergessen werden!

Das Verkehrskapitel mit den EU-Beitrittskandidaten darf keinesfalls zum Abschluss kommen, bevor nicht für den alpenquerenden Transitverkehr eine nachhaltige "europäische Lösung" gefunden wird!

In Tirol wurde am 8. November ein Dringlicher Antrag angenommen wonach das Verkehrskapitel mit den EU-Beitrittskandidaten solange nicht zum Abschluß zu bringen ist, bis nicht für den Alpentransitverkehr eine nachhaltige "Europäische Lösung" gefunden wird, die die Grundsätze des Weißbuches umsetzt und für den gesamten alpenquerenden Verkehr eine einheitliche Vorgangsweise sicherstellt; dies bedeutet ein Nachfolgesystem für den Transit in sensiblen Gebieten, wobei mit der Festlegung der Maut auch die Querfinanzierung für eine parallellführende alternative Verkehrsinfrastruktur umgesetzt wird (Erhöhung des Finanzbeitrags auf 20 % für den Brennerkorridor, Querfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur, Forcierung des Wettbewerbs auf der Schienen).

Darüber hinaus wird die Tiroler Landesregierung aufgefordert, zur Reduktion der verkehrsbedingten Immissionen im Fall von Überschreitungen von Immissionsgrenzwerten bei der Bundesregierung geeignete verkehrsspezifische Maßnahmen im Sinne des § 22 Immissionsschutzgesetz Luft einzufordern.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie nachstehende

Anfrage:

1. Wie stehen Sie zur Frage des Nichtabschlusses des Verkehrskapitels mit den Beitrittsländern bis zum Jahresende 2001 (entsprechend dem Fahrplan des Nizza-Vertrages), sofern keine in Österreich geeignete Nachfolgeregelung für den Transitvertrag bis zu diesem Zeitpunkt ausverhandelt werden kann?
2. Was sind die konkreten Forderungen Österreichs in Hinblick auf eine Verlängerung des Transitvertrags bis 2003?
3. Welche sensiblen Zonen haben Sie mit der Europäischen Kommission für Österreich bereits festgelegt und haben Sie hier bereits den dramatisch nach einer Osterweiterung wachsenden Ost-West-Transit berücksichtigt?
4. Welche weiteren Verhandlungsstrategien im Hinblick auf den Brennertransit verfolgen Sie?

5. Bis zu welchem Zeitpunkt muß spätestens das Verkehrskapitel abgeschlossen sein, um nicht die Erweiterung der Europäischen Union tatsächlich zeitlich zu verschieben?
6. Sind Sie nicht der Ansicht, daß Sie mit Ihrer Vetodrohung, die Verhandlungen mit der Europäischen Kommission belasten?
7. Wie stehen Sie zur Entschließung des Tiroler Landtags vom November und welche Punkte daraus beabsichtigen Sie im Rahmen der Verhandlungen umsetzen?
8. Wie stehen Sie zur Forderung des Tiroler Landtags, verkehrsspezifische Maßnahmen im Sinne des § 22 Immissionsschutzgesetzes Luft durchzusetzen?
9. Wann wird es endlich zum Ausbau der Unterinntalbahnantrasse kommen?
10. Verfolgen Sie weiter des Projekt eines Brenner-Basis-Tunnels, wie es bei ihrem Besuch auch von Verkehrskommissarin Paola de Palacio in den Raum gestellt wurde? Welche Finanzierungsangebote von Seiten der Kommission wurden dafür bereits in Aussicht gestellt?